



Rede

der Parlamentarischen Geschäftsführerin der CDU-Fraktion
im Landtag von Baden-Württemberg,

Nicole Razavi MdL,

zu

TOP 7a

der Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg
am 9. November 2016

Antrag der Fraktion der ABW und der Fraktion der AfD:
Einsetzung und Auftrag einer Enquetekommission
„Bedrohung durch Islamismus, Scharia-Recht, organisierte
Kriminalität und Einfluss fremder Staaten - Baden-Württemberg als
freiheitliches, demokratisches und rechtsstaatliches Land
bewahren“

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen,

- ich könnte es mir jetzt ganz einfach machen.
- Ich könnte jetzt sagen: Der Antrag der Fraktionen der AfD und der ABW auf Einsetzung einer Enquetekommission hat keine Grundlage mehr.
 - Die beiden Fraktionen haben sich wieder vereinigt.
 - Und Zwischenzeitlich wurde auch die Geschäftsordnung des Landtags geändert.
- Dies will ich jedoch nicht tun. Denn dafür ist das Thema des islamistischen Terrorismus und der organisierten Kriminalität viel zu wichtig und ernst.
- Deshalb ist es auch wichtig und richtig, dass es bereits einige zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Aufklärung und zur Prävention gibt, die von Seiten des Landes koordiniert werden.
- In der Pflicht sehen wir dabei auch die islamischen Gemeinden, hierzu ihren Beitrag zu leisten
- Fakt ist aber:
- Nicht erst seit den Anschlägen von Würzburg und Ansbach ist die Bedrohung durch islamistischen Terror bei den Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden präsent.
- Dies hätten Sie, verehrte Kollegen von der AfD, merken können, wenn Sie aufmerksam die

Verfassungsschutzberichte der letzten Jahre gelesen hätten.

- Die Sicherheitsbehörden haben auch nicht erst auf diesen Antrag der AfD gewartet, um aktiv zu werden.
- Die Akteure aus dem Umfeld des islamistischen Extremismus werden bereits seit der Zeit vor dem 11. September 2011 umfassend beobachtet.
- Das Landesamt für Verfassungsschutz ist schon längst auf dieses Phänomen aufmerksam geworden, bevor es die AfD überhaupt gab.
- Sie stehen in fortlaufendem Austausch auch mit ausländischen Behörden und gehen zahlreichen Hinweisen nach.
- Mit Ihrem Antrag ignorieren sie aber nicht nur all dies. Sie gehen einen entscheidenden Schritt weiter:
- Ihr Einsetzungs- Antrag für diese Enquetekommission ist zudem der Versuch, ureigenste Aufgaben der Exekutive und der Justiz dem Parlament zu übertragen wollen
- Damit tut die AfD vor allem eines: Sie untergräbt ein Grundprinzip unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates – Die Gewaltenteilung!
- Erinnern wir uns: Die staatliche Gewalt wurde ganz bewusst in mehrere Gewalten aufgeteilt mit dem Ziel, die Konzentration und den Missbrauch politischer Macht zu verhindern!

- Die Fragen drängt sich auf: Welche Motive treiben die AFD an, dass sie dieses hohe Gut unserer Demokratie aufgeben will?
- Und glauben Sie wirklich, dass der Landtag, dass wir Abgeordnete, der bessere Verfassungsschutz, die bessere Polizei und die bessere Justiz sind/ist?
- Im Gegensatz zu Ihnen hat die CDU großes Vertrauen in die Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden sowie die Justiz. Sie wissen, was gegen islamistischen Terrorismus zu tun ist.
- Dort sitzen ausgezeichnete Fachleute, die Tag für Tag dafür arbeiten, Baden-Württemberg sicherer zu machen.
- Nicht erst seit den aktuellen Ereignissen ist der Fahndungsdruck sehr hoch.
- Ihr Antrag auf Einsetzung einer Enquetekommission ist vor diesem Hintergrund nichts anderes als eine dreiste Misstrauensbekundung für Polizei, Verfassungsschutz und Justiz.
- Woher rührt dieses Misstrauen?
- Sie haben etwas Grundlegendes nicht verstanden, wenn Sie allen Ernstes öffentlich erörtern wollen, wie viele V-Leute in welchen islamistischen Strukturen eingesetzt werden.
- Das ist nicht nur ein vollkommen untaugliches Mittel zur Bekämpfung von islamistischem Extremismus.

- Es schwächt, ja es behindert sogar die Arbeit der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden, wenn jeder deren Erkenntnisse brühwarm nachlesen kann.
- Die CDU-Fraktion ist demgegenüber zusammen mit den Grünen den Weg der Vernunft und des Vertrauens in die eigenen Behörden gegangen:
- Die Innere Sicherheit in Baden-Württemberg stärkt nur, wer Polizei, Verfassungsschutz und Justiz personell und sachlich stärkt.
- Die Polizei wird in der laufenden Legislaturperiode dauerhaft 1.500 Stellen mehr bekommen.
- Beim Verfassungsschutz wird es ebenso einen Stellenaufwuchs geben.
- In der Justiz werden nach den Beratungen zum Staatshaushalt 2017 allein im kommenden Jahr strukturell 74 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte geschaffen.
- Diese sollen gerade auch Mehrbedarfe auf Grund von umfangreichen Strafverfahren gegen islamistische Terroristen auffangen.
- Die Polizei wird die für ihre Arbeit notwendigen modernen Arbeits- und Einsatzmittel auf dem neuesten Stand der Technik erhalten.
- Bei der Abteilung Staatsschutz im Landeskriminalamt wird eine Einheit zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus

eingerrichtet werden.

- Darüber hinaus haben sich CDU und Grüne vorgenommen, die Landespolizei und das Landesamt für Verfassungsschutz mit Befugnissen zur Quellen-TKÜ und zu Online-Durchsuchungen auszustatten.

- Dies sind allesamt Maßnahmen, die ein Parlament zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus unternehmen kann und aus unserer Sicht auch muss.

- Eine Enquetekommission a la AFD an dieser Stelle schadet der Inneren Sicherheit.

- Die CDU lehnt Antrag deshalb ab!

- Lassen Sie die Behörden arbeiten und gehen Sie, liebe Kollegen von der AfD, mit uns den Weg der Stärkung der maßgeblichen Akteure der Bekämpfung des Terrorismus, von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz.